

NDR Info Das Forum
STREITKRÄFTE UND STRATEGIEN
Andreas Flocken

16.01.2016 /19.20-19.50 Uhr
17.01.2016 /12.30-13.00 Uhr
E-Mail: streitkraefte@ndr.de
www.ndr.de/streitkraefte

Inhalt:

- Bewaffnete Drohnen – Bundeswehr entscheidet sich für israelische Heron TP
- Nicht mehr zeitgemäß? Soldaten-Kritik am Konzept der Inneren Führung
- Eingliederung eines Bundeswehr-Kampfbataillons in polnische Brigade – Symbolpolitik ohne praktischen Nutzen?
- Beobachtungsflüge für die Abrüstung – Bundeswehr soll Open-Skies-Flugzeug bekommen

Zur Verfügung gestellt vom NDR
Dieses Manuskript ist urheberrechtlich geschützt und darf nur für private Zwecke des Empfängers benutzt werden. Jede andere Verwendung (z.B. Mitteilung, Vortrag oder Aufführung in der Öffentlichkeit, Vervielfältigung, Bearbeitung, Übersetzung) ist nur mit Zustimmung des Autors zulässig. Die Verwendung für Rundfunkzwecke bedarf der Genehmigung des NDR.

Diesmal mit einer neuen Ausgabe der Sendereihe Streitkräfte und Strategien, am Mikrofon begrüßt Sie Andreas Flocken.

Heute geht es bei uns um folgende Themen:

- Nicht mehr zeitgemäß? Soldaten-Kritik am Konzept der Inneren Führung
- Eingliederung eines Bundeswehr-Kampfbataillons in polnische Brigade - Symbolpolitik ohne praktischen Nutzen? Und:
- Beobachtungsflüge für die Abrüstung - Bundeswehr soll Open-Skies-Flugzeug bekommen.

Zunächst jedoch zu einer anderen Rüstungsentscheidung. Verteidigungsministerin von der Leyen hat in dieser Woche angekündigt, die Bundeswehr werde drei bis fünf israelische Drohnen vom Typ Heron TP leasen:

O-Ton von der Leyen

„Es wird um eine bewaffnungsfähige Drohne gehen. Das wird für die Zukunft Standard sein. Sie ist wichtig für den Schutz der Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen.“

Ab 2025 soll es dann eine bewaffnungsfähige europäische Drohne geben. Zunächst also die israelische Heron TP als Übergangslösung und nicht die US-Drohne Predator bzw. Reaper, die ebenfalls im Gespräch war - Waffensysteme, die von der US-Regierung immer wieder für die gezielte Tötung von mutmaßlichen Terroristen eingesetzt werden.

Die Oppositionsparteien sind gegen die Ausstattung der Bundeswehr mit bewaffneten Drohnen. Befürchtet werden u.a. ein Absenken der Einsatzschwelle von Streitkräften und ebenfalls gezielte Tötungen. Die Bundesregierung dagegen bekräftigt, dass vor einem Einsatz von bewaffneten Drohnen der Bundestag zustimmen müsse. Außerdem würde ein Einsatz immer im Einklang mit dem Völkerrecht erfolgen.

Der Drohnen-Experte Niklas Schörnig von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung HSFK hält allerdings weitere Klarstellungen der Bundesregierung für notwendig:

O-Ton Schörnig

„Das Völkerrecht ist sehr weiches Recht und auch die Amerikaner argumentieren ja, dass ihre Einsätze im Rahmen des Völkerrechts stattfinden. Die Bundesregierung muss deshalb klarmachen, was ihr Verständnis des Völkerrechts ist. Welche Missionen sie also als völkerrechtswidrig ausschließt. Und am einfachsten wäre es, z.B. über klare Einsatzregeln zu sagen: Wir setzen unsere Drohnen tatsächlich nur defensiv zum Schutz unserer Soldaten, zum Schutz von Lagern, zum Schutz von Konvois ein, und schließen jede Art gezielter Tötungen aus, auch wenn sie möglicherweise völkerrechtskonform wären.“

Drohnen werden ferngesteuert, d.h. Menschen entscheiden, ob und wann die Raketen abgefeuert werden – noch. Denn der Trend geht hin zu autonomen Waffensystemen. Niklas Schörnig:

O-Ton Schörnig

„In der Zukunft werden Computer immer stärker in diese Entscheidungen eingreifen, diese vorstrukturieren und möglicherweise sogar die Entscheidungen selbst treffen. Und da ist einfach die Frage: wieweit dürfen Computer da in der Zukunft gehen? Sollte nicht am Ende doch immer noch ein Mensch, die Entscheidung über Leben und Tod treffen oder ist man bereit, das an Computer-Algorithmen auszusourcen.“

Eine Entwicklung, die in dem zurzeit in Arbeit befindlichen Weißbuch vermutlich keine Rolle spielen wird. Dabei ist die Diskussion über das neue sicherheitspolitische Grundlagendokument der Bundesregierung offiziell breit angelegt. Doch neue Waffentechnologien und ihre Folgen werden in dem Weißbuch offenbar keinen Niederschlag finden und stattdessen ausgeblendet. Eine verpasste Chance.

Zu unserem nächsten Thema.

Das Konzept der Inneren Führung soll sicherstellen, dass Bundeswehr-Soldaten demokratische Werte verinnerlichen und immer im Einklang mit dem Grundgesetz handeln. An dem Konzept hat es seit Gründung der Bundeswehr immer wieder Kritik gegeben. Für Aufregung hat jetzt ein Buch gesorgt, in dem junge Offiziere fragen, ob die Innere Führung noch zeitgemäß ist. Die Folge ist eine Diskussion in den Streitkräften – eine Debatte, die Vorgesetzte zunächst nicht führen wollten. Julia Weigelt berichtet:

Manuskript Julia Weigelt

Leutnant Jan-Philipp Birkhoff denkt gerne nach. Über seinen Beruf als Soldat, seine Aufgabe als Offizier, die Bundeswehr in der Gesellschaft. Seine Ergebnisse schreibt er auf und gibt sie weiter an seine Vorgesetzten. Damit entspricht er dem Ideal der Inneren Führung. Innere Führung – das ist sozusagen die Unternehmensphilosophie der Bundeswehr: Laut diesem Konzept sind Soldaten Staatsbürger in Uniform, die ihrem Gewissen folgen, und keine stumpfen Befehlsempfänger. Man könnte denken, das Engagement des Studenten der Bundeswehr-Universität Hamburg wird begrüßt und stößt auf eine positive Resonanz. Doch stattdessen signalisieren seine Vorgesetzten: Interessiert uns nicht, mach deinen Job, schließ dein Studium ab.

Birkhoff ist frustriert – bis er seinen neuen Fachbereichsleiter, Hauptmann Marcel Bohnert, trifft. Bohnert kommt gerade von seinem Auslandseinsatz in Afghanistan zurück, wo er als Chef einer Kampfkompanie in Kundus extremen körperlichen und mentalen Belastungen ausgesetzt war. Er spürt: Die Bundeswehr muss sich verändern, um den gestiegenen Anforderungen einer globalisierten Welt gerecht zu werden. Und dafür braucht es Nachwuchs, der mitdenkt, statt Dienst nach Vorschrift zu machen. Bohnert bringt Birkhoffs Aufsatz zusammen mit Texten anderer Studenten der Bundeswehr-Universität als Buch heraus. „Armee im Aufbruch“ heißt das Werk, in dem sich die Autoren äußern zum Zustand der Streitkräfte u.a. zur Inneren Führung und vor allem zur internen Kommunikation.

Auch Leutnant Birkhoff. Er kommt zu dem Schluss: Wenn Vorgesetzte den Sinn eines Auftrages nicht mehr vermitteln können, weil politische Ziele zu komplex und zu wenig greifbar sind, dann muss der Beruf selbst die Motivation sein. Dabei stützt sich der junge Offizier auf Thesen des renommierten Politikwissenschaftlers Herfried Münkler. Jan-Philipp Birkhoff:

O-Ton Birkhoff

„Das Problem ist: Wie erkläre ich einem relativ jungen Hauptgefreiten, dass er sterben soll, für etwas, bei dem selbst ich mich schwer damit tue, es als Faktum zu verstehen, geschweige denn, das Ganze emotional nachzuempfinden.“

Statt zu erklären, dass Bundeswehrsoldaten tausende Kilometer weit weg auch dafür im Einsatz sind, den deutschen Wohlstand zu verteidigen, sollen Vorgesetzte also lieber den konkreten Auftrag - Höhe 239 zu halten – ausgeben? Birkhoffs provokante Thesen haben, genauso wie das gesamte Buch, innerhalb der Bundeswehr eine hitzige Debatte ausgelöst, berichtet der junge Offizier:

O-Ton Birkhoff

„Die Tatsache, dass sofort zwei Lager sich bekämpft haben, über diesen Artikel, über das Thema Innere Führung, war für mich ein Signal dafür, dass das Thema schon viel länger geschwelt hat in der Bundeswehr, und dass ich der unfreiwillige Auslöser dafür war.“

Dabei habe er mit seinem Text gar nicht auf die Innere Führung abgezielt, berichtet er. Auch, weil ihm das Konzept bis dato nicht sonderlich am Herzen lag.

O-Ton Birkhoff

„Wenn mir Leute versucht haben, Innere Führung zu erklären, dann kam das immer als etwas sehr hochnäsiges rüber. Die haben versucht zu erklären, warum wir bessere Menschen sind als die Amerikaner oder die Russen, warum die ein unmenschliches Führungskonzept haben. Das hat man dann halt so hingenommen. Und die jungen Offiziere und Unteroffiziere, die Afghanistan erlebt hatten, die waren viel bescheidener, die haben gesagt: Innere Führung ist zu komplex, aber ich führe als Mensch, und ich nehme euch als Menschen wahr.“

In der Debatte um die Vereinbarkeit von Innerer Führung und Auslandseinsätzen erkennt Birkhoff eine Doppelmoral, die er nicht akzeptiert.

O-Ton Birkhoff

„Was ist, wenn wir einen Auftrag haben, der im klaren Gegensatz steht zu unseren Ideen von Recht und Gesetz? Wenn wir zusammenarbeiten mit Warlords, wenn wir den Dialog pflegen mit Kriegsverbrechern. Das sind ja Dinge, die passiert sind. Und da kann man ja auch ganz realistisch drangehen. Ich sage ja auch: Das gehört zur Auftragserfüllung. Wenn man nachfragt: Wie ist das vereinbar mit der Inneren Führung, dass wir so etwas tun? Dann kommt irgendwann der Punkt, an dem einem geantwortet wird: Manchmal muss man Recht und Gesetz links liegen lassen, und Moral und Ethik, und muss einfach tun, was einem gesagt wird. - Und das kann's ja nicht sein.“

Die Innere Führung, auf die die Bundeswehr so stolz ist, also nur bedingt tauglich für Auslands- und Kampfeinsätze der Bundeswehr? Das Konzept – ein Auslaufmodell und nicht mehr zeitgemäß?

Generalmajor Jürgen Weigt, Kommandeur des Zentrums Innere Führung in Koblenz, stimmt Birkhoffs Thesen nicht zu. Denn der junge Leutnant wünscht sich professionelle Soldaten, die sich an ihrem Auftrag orientieren. Die Motivation aus den Gründen oder Zielen eines Auslandseinsatzes zu ziehen, und das dann auch noch seinen Untergebenen zu vermitteln – das sei heute kaum mehr möglich, glaubt Birkhoff. General Weigt hält dagegen:

O-Ton Weigt

„Ich tue mich schwer mit einem professionellen Soldaten, der diese Frage ‚Wofür‘ eben nicht stellt. Ich finde schon, dass diese Form von kritisch Nach-

denken ganz ganz wichtig ist. Weil ich nicht glaube, dass man eine gute Sache verteidigen kann, indem man schlechtes tut.“

Diese Argumentation könne sogar gefährlich werden, warnt Weigt:

O-Ton Weigt

„Es könnte ja sein, dass der Gedanke heranreifen könnte, der Zweck heiligt doch die Mittel, und der militärische Erfolg geht über alles. Und der Befehl steht dann doch über dem Gewissen.“

Eine Einstellung, die Verbrechen beispielsweise im Nationalsozialismus oder der DDR erst möglich gemacht hätten. Das dürfe sich nie mehr wiederholen. Die Innere Führung sei so betrachtet eine Erfolgsstory, da Bundeswehrsoldaten bislang in keinem Auslandseinsatz Kriegsverbrechen begangen hätten, sagt der Zwei-Sterne General. Gleichzeitig schränkt Weigt ein:

O-Ton Weigt

„Man muss sich natürlich im Klaren darüber sein, dass eine Konzeption wie die Innere Führung eigentlich ein Ideal darstellt, und eine Armee, die zu 100 Prozent nach den Grundsätzen einer solchen Konzeption lebt, ist in gewisser Weise eine Utopie.“

Das Buch „Armee im Aufbruch“ sei insofern gut, da die Kritik der jungen Offiziere eine Debatte angestoßen habe. Bislang sei es vor allem um Finanzen, Ausrüstung und die Neuausrichtung der Bundeswehr gegangen, sagt General Weigt. Aber eine Debatte über Führungskultur und den Umgang untereinander, habe es nicht gegeben. Dafür ist Weigt den Autoren der Bundeswehruni dankbar:

O-Ton Weigt

„Das sind jetzt nicht nur für mich als Kommandeur des Zentrums Innere Führung durchaus wichtige, vielleicht sogar existenzielle Fragen. Es sind auch für mich als Mensch und Soldat ganz wichtige Fragen. Von daher haben sie uns allen, nicht nur mir, einen Gefallen getan, dass sie zumindest den Auftakt gebildet haben für eine Diskussion, die vielleicht längst überfällig war.“

General Weigt begrüßt, dass der Offiziersnachwuchs Fragen stellt. Doch er kritisiert, dass sich die jungen Leute gleich selbst Antworten geben. Leutnant Birkhoff hat allerdings den Eindruck, dass Vorgesetzte Probleme und Kritik ihrer Untergebenen oftmals nicht ernstnehmen. Eigentlich würde er die Diskus-

sion gerne intern in der Bundeswehr führen. Warum aber gehen er und seine Kameraden dann an die Öffentlichkeit? Dafür hat der Leutnant eine ernüchternde Begründung:

O-Ton Birkhoff

„Weil die Leute einem erst zuhören, wenn sich genug Leute darüber aufregen. Weil erst dann, wenn die Telefone klingeln, ironischer Weise man dann vorgelesen und gefragt wird, was man denn eigentlich damit gemeint hat. Das ist schade. Das ist wirklich schade.“

* * *

Flocken

Ein Bericht von Julia Weigelt. Mehr zum Thema auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkräfte. Dort finden Sie auch die Interviews mit Leutnant Birkhoff und General Weigt.

Die Bundeswehr setzt seit längerem auf Multinationalität, also auf die Zusammenarbeit mit verbündeten Streitkräften. So wurde im vergangenen Jahr eine umfangreiche Kooperation mit den polnischen Landstreitkräften vereinbart. Doch die konkrete Umsetzung ist schwierig. Vieles ist vage, möglicherweise unrealistisch. Und die unmittelbar Betroffenen wissen offenbar am wenigsten. Joachim Samse über ein noch unausgegorenes Projekt:

Manuskript Joachim Samse

Bis zum Jahr 2021 ist geplant, dass ein deutsches Panzergrenadierbataillon einer polnischen Brigade unterstellt wird, und im Gegenzug ein polnisches Panzerbataillon einer deutschen Brigade. Dadurch soll die Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Heer und den polnischen Landstreitkräften vertieft werden, sagt Heeresinspekteur Jörg Vollmer. Dazu gehören unter anderem die wechselseitige Ausbildung von Offizieren und - so wörtlich - die „gemeinsame Fähigkeitsentwicklung und Rüstungskoooperation“. Doch das Herzstück der Verzahnung soll der Austausch der beiden Bataillone mit jeweils rund 700 Soldaten werden. Die Verbände verbleiben dabei allerdings an ihren bisherigen Standorten. Offiziell vereinbart wurde die wechselseitige Unterstellung vor rund

einem Jahr von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und ihrem polnischen Kollegen. Im September gab es beim Tag der polnischen Landstreitkräfte eine groß inszenierte Vertragsunterzeichnung. Es hat mittlerweile auch erste Treffen beider Seiten in dieser Sache gegeben. Doch bislang ist es beim symbolischen Akt geblieben. Umgesetzt wurde praktisch so gut wie nichts. Es wurde lediglich eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Die betroffenen Verbände auf der deutschen Seite sind offenbar weitgehend ahnungslos. Jedenfalls geben das Panzergrenadierbataillon 411 in Viereck in Mecklenburg-Vorpommern und die Panzergrenadierbrigade 41 in Neubrandenburg keine Auskünfte über das ambitionierte Vorhaben. Dabei hätte es weitreichende Auswirkungen auf die betroffenen Soldaten.

Der Weg bis zum Vollzug der wechselseitigen Unterstellung zwischen Polen und Deutschland ist anscheinend noch sehr lang, sagt auch Tobias Lindner, der Verteidigungsexperte der Grünen im Bundestag. Bislang sei dieses Vorhaben reine Symbolik und dabei bleibe es auch, wenn die Voraussetzungen und die dringendsten Fragen zum Personal, zur Logistik, zu Vorschriften und ähnlichem nicht zügig geklärt würden. Lindner beklagt sich über dürftige Informationen des Verteidigungsministeriums:

O-Ton Lindner

„Bisher ist die Auskunftslage der Bundesregierung relativ dünn. Man feiert das politische Symbol, will die Kooperation mit Polen ähnlich ausbauen wie die Kooperation mit Frankreich. Das finde ich politisch ausdrücklich richtig, das sind unsere engsten Nachbarn, die wir haben. Aber es darf halt nicht nur beim Symbol bleiben. Die Fragen, die sich danach auftun, Material, Strukturen, Entscheidungsregeln, Personal, die müssen alle beantwortet werden. Und da sehe ich das BMVg schon in der Pflicht, zu liefern.“

Doch das Ministerium liefert nicht, weil bisher kaum etwas angeschoben, beziehungsweise umgesetzt worden ist. Vor allem die betroffenen Soldaten wissen im Prinzip noch nicht, was da alles auf sie zukommt. Da gibt es zum Beispiel die Frage, wie künftig der Kommandeur des deutschen Bataillons beurteilt werden soll. Eigentlich müsste das der nächst höhere Vorgesetzte übernehmen – im Falle des deutschen Oberstleutnants wäre das dann der polnische Brigadekommandeur. Ob aber beide Beurteilungs-Systeme vergleichbar sind, wie das konkret dann in der Praxis aussehen wird und ob das nicht auch Karriere-

nachteile mit sich bringen könnte - das alles steht in den Sternen. Auch bei Fragen der Logistik ist noch vieles unklar. Bis 2021 sollen die beiden Bataillone im Idealfall einsatzbereit und in die deutsche, beziehungsweise polnische Brigade integriert sein. Doch wie das konkret aussehen soll, dazu gibt es noch viele offene Fragen. Das weiß auch der Inspekteur des Heeres, Generalleutnant Vollmer:

O-Ton Vollmer

„Es braucht Zeit. Also sie müssen gemeinsam die Ausbildung durchführen – das ist ja nicht nur ein Panzerbataillon, polnisch, was weiter ausgebildet wird, ein deutsches Panzergrenadierbataillon, sondern die polnische Brigade und auch die deutsche Brigade haben jeweils unterschiedliche Verfahren. Die muss man lernen, die muss man üben, die muss man verifizieren in Übungen. Und das ist ein Prozess, der braucht einfach Zeit.“

Ein erster Schritt in diesem Lernprozess soll nach Angaben eines Bundeswehrensprechers eine computergestützte Übung im Sommer sein. Dort sollen dann die unterschiedlichen Verfahren kennengelernt werden, allerdings eher auf der Führungsebene, nicht unmittelbar in der Truppe bei den einfachen Soldaten.

Wie schwierig die Zusammenarbeit in einem gemischten Verband sein kann, das zeigt die deutsch-französische Brigade. Auch mehr als 25 Jahre nach ihrer Aufstellung ist sie noch immer nicht komplett zu einer Einheit verschmolzen, sagt Hans-Peter Bartels, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages. Die Idee an sich sei prinzipiell super – aber in den vergangenen 25 Jahren habe es zu wenig Entwicklung gegeben. Die Kooperation sei inzwischen etwas eingeschlafen, es gebe jeweils die nationalen Einheiten, sie werden aber auch weitestgehend nur national ausgebildet und eingesetzt:

O-Ton Bartels

„Also es wird schon schwierig, wenn die eine Küche die andere Truppe bekochen sollte oder ein Arzt Soldaten der anderen Nation behandeln soll. Also hier ein gemeinsames Regelwerk für beide Nationen, die in dieser Brigade zusammenarbeiten, zu finden, wäre vielleicht nicht so schwer. Denn in jedem Einsatz, in jedem multinationalen Einsatz, müssen auch Regeln für viele Nationen gefunden werden, die auf Zeit, und das können ja manchmal Jahre und Jahrzehnte sein, zusammenarbeiten.“

Ein weiteres Beispiel für die eingeschlafene Integration und fehlende Kooperation sei die Sprache. Früher war es für Soldaten, die in diesem Großverband dienten, unerlässlich, jeweils gute französische bzw. deutsche Sprachkenntnisse zu haben. Heutzutage spielt das sowohl bei der Bundeswehr als auch beim französischen Nachbarn kaum noch eine Rolle.

Der Wehrbeauftragte hofft allerdings, dass das neue Projekt der wechselseitigen Unterstellung deutscher und polnischer Verbände zukunftsweisend ist. Voraussetzung ist allerdings, dass es konsequent umgesetzt werde.

O-Ton Bartels

„Auf diese Weise kann Zusammenarbeit stärker trainiert werden, also jeweils die Bataillone, die der anderen Seite unterstellt sind, werden mit den anderen gemeinsam üben, werden vielleicht - und das würde ich sehr empfehlen - vielleicht ihren Grundbetrieb auch aufeinander annähern, so dass insgesamt die Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Kräften noch leichter wird.“

Doch so weit ist es noch lange nicht. Offiziell gibt es zwar eine Art Fahrplan, die sogenannte „Roadmap“ – aber viele Details darin sind noch offen. Dem groben Mehrstufen-Plan fehlt es noch an substantiellem Inhalt. Als erstes, so Generalleutnant Vollmer, werde geprüft, ob die derzeitigen Sprachkenntnisse, nicht Polnisch oder Deutsch, sondern Englisch, reichen oder ob da noch - wie es im Bundeswehrgargon immer heißt - „nachgesteuert“ werden müsse. Ziel der Ausbildungsphase soll sein, dass beide Bataillone in ihren jeweiligen Brigaden in einen Auslandseinsatz gehen können.

O-Ton Vollmer

„Es ist eine politische Entscheidung – unser Auftrag ist es, die Kräfte so vorzubereiten, auszubilden, dass sie diesen Auftrag dann auch durchführen können.“

Doch ist es realistisch, wenn sich beispielsweise die Regierung in Warschau entscheidet, die polnische Brigade in Nordafrika einzusetzen, dass dann auch das unterstellte Bataillon der Bundeswehr mit in den Einsatz zieht?

Die politischen Rahmenbedingungen für einen solchen möglichen gemeinsamen Auslandseinsatz in der Zukunft seien noch gar nicht miteinander abgestimmt, kritisiert Tobias Lindner von den Grünen. Die wechselseitige Unterstel-

lung sei durchaus sinnvoll, die zunehmende Europäisierung der Sicherheitspolitik richtig. Der sogenannte nationale Parlamentsvorbehalt müsse in dem Zusammenhang kein Hemmschuh sein – aber Staaten müssten miteinander diskutieren. Soll heißen: es müsse klar sein, unter welchen Umständen man bereit sei, Militär als Instrument zu gebrauchen, sprich, in Auslandseinsätze zu schicken, sagt der grüne Verteidigungsexperte. So lange es zwischen den Staaten, die sich wechselseitig Militäreinheiten unterstellen, keinen Konsens in diesen Fragen gibt, wird es zu Problemen kommen. Das zeigt auch das Beispiel Deutsch-Französische Brigade: es gibt unter den Soldaten einen Spruch, der sinngemäß lautet: wenn du nicht in einen Einsatz willst, geh zu diesem gemischten Großverband. Denn komplett war er noch nie im Ausland, nur einzelne herausgelöste Einheiten wurden auf französischer und auch auf der deutscher Seite zu Missionen entsendet. Geschlossen erfolgte der Einsatz aber noch nie. Tobias Lindner:

O-Ton Lindner

„Dann kann es auch dazu führen, dass wechselseitig unterstellte Verbände ein nettes und begrüßenswertes politisches Symbol sind, aber am Ende praktisch den Streitkräften dann kaum operativ zur Verfügung stehen.“

Die Multinationalisierung von Großverbänden könnte also durchaus dazu führen, dass für die nationale politische und militärische Führung unter dem Strich weniger Truppen für Auslandseinsätze bereitstehen. Im Extremfall kann sich dadurch die Einsatzbelastung für nationale Verbände deutlich erhöhen.

Doch zurück zu der angestrebten deutsch-polnischen Heereskooperation. Polen fühlt sich spätestens seit der Annexion der Krim durch Russland bedroht. Die angestrebte wechselseitige Unterstellung ist daher auch eine Art Rückversicherung für den NATO-Partner Polen – ein politisches Signal. Mehr zunächst einmal nicht. Denn ob die angekündigten Verbände wie angestrebt 2021 wirklich einsatzbereit sind, ist ungewiss. Einen konkreten und vor allem realistischen Fahrplan gibt es jedenfalls noch nicht. Der Verteidigungsexperte der Grünen, Tobias Lindner, begrüßt zwar das Vorhaben, schließt aber nicht aus, dass es scheitern könnte:

O-Ton Lindner

„Eine wechselseitige Unterstellung ist dann erfolgreich, wenn man in fünf Jahren sagt: das ist ein gutes Projekt. Wir können uns vielleicht auch vorstellen, es auszuweiten, wenn es zum Beispiel um Friedensmissionen der Vereinten Nationen geht. Wenn man dann gemeinsam den Willen und die Fähigkeit hat, solche Einheiten auch zum Einsatz zu bringen, dann ist es ein erfolgreiches Projekt. Wenn man sich aber in fünf Jahren - ich will jetzt nicht den Teufel an die Wand malen – sich über Verwaltungsvorschriften oder ungeklärte Fragen rümpeln sollte, dann ist es leider nur ein politisches Symbol geblieben. Und das wäre schade.“

Die militärische Führung der Bundeswehr hält sich nach der großen Ankündigung der Politik allerdings auffällig zurück. Wohl auch, weil sie die großen Schwierigkeiten und Hindernisse in der Praxis sieht. Der Übergang von der Symbolpolitik hin zu einer konkreten Umsetzung hat jedenfalls bei der deutsch-polnischen Heereskooperation noch nicht wirklich begonnen.

* * *

Flocken

Soweit Joachim Samse.

Am 13. September 1997 sind über dem Atlantik vor Namibia eine Tupolew Tu-154 der Bundeswehr und ein US-Militärtransporter zusammengestoßen. Eine Tragödie. Alle Insassen der beiden Maschinen kamen bei dem Unglück ums Leben. Die Bundeswehr verlor damals zugleich ein ganz spezielles Flugzeug, das bei der Rüstungskontrolle eine wichtige Funktion hatte. Jetzt soll es einen Ersatz geben. Björn Müller mit Einzelheiten:

Manuskript Björn Müller

Die Bundeswehr hat die Weichen gestellt, um ein besonderes Flugzeug zu kaufen. Keinen Kampfflieger, sondern ein Überwachungsflugzeug für den Rüstungskontrollvertrag Open Skies – 18 Jahre nach dem Absturz der ersten Open-Skies-Maschine der Bundeswehr. Warum auf einmal das verstärkte Engagement nach so vielen Jahren?

Open Skies – zu Deutsch „Vertrag über den offenen Himmel“ - dient der Rüstungskontrolle. In diesem über 20 Jahre alten Vertrag billigen sich die Partner-

staaten gegenseitige Überwachungsflüge zu. Zur Kernidee der Vereinbarung, Professor Hartwig Spitzer, Experte zum Thema Open Skies an der Universität Hamburg:

O-Ton Spitzer

„Die Essenz von Open Skies ist, dass es eine kooperative Vereinbarung ist, bei der die Flüge gemeinsam durchgeführt werden und das Bildmaterial geteilt wird. Und die Grundlage jeder militärischen Vertrauensbildung und Transparenz ist der Abbau von Fehlperzeptionen. Das heißt, wenn jede Seite eine Kopie der Bilder bekommt, dann weiß jeder, was der andere gesehen hat.“

Die Idee hinter Open Skies ist Konfliktprävention durch Vertrauensbildung. Wer das Kriegsgerät des anderen stetig im Blick hat, fühlt sich sicherer in seiner militär-politischen Kalkulation. Die Gefahr von Krieg und Rüstungsspiralen sollen auf diese Weise sinken. Das Besondere am Open-Skies-Verfahren ist die totale Transparenz: Für die Überwachungstechnik der Beobachtungsflugzeuge und deren Anwendung gelten bestimmte Standards. Diese sind von allen Vertragsstaaten einvernehmlich festgelegt worden. Bevor Überwachungstechnik eingesetzt wird, muss sie den Vertragspartnern vorgeführt werden, so dass diese beglaubigen können, dass die Standards eingehalten werden. Die vertragsgemäße Anwendung der Technik wird laufend kontrolliert. Fliegen die russischen Streitkräfte beispielsweise über Deutschland, sind stets Bundeswehr-Offiziere dabei. Diese kommen vom Verifikationszentrum der Bundeswehr im nordrhein-westfälischen Geilenkirchen, das Open Skies auf deutscher Seite quasi betreut. Diese Begegnungen mit Soldaten der Vertragsparteien führen dazu, dass man auch noch andere zusätzliche Eindrücke gewinnen kann. So sieht es jedenfalls Oberstleutnant Andreas Weller, stellvertretender Leiter der Abteilung Rüstungskontrolle im Verifikationszentrum:

O-Ton Weller

„Wir halten uns sicher aus der großen Diplomatie heraus. Das ist nicht unsere Aufgabe. Aber wir sind ja in der Regel eine Woche zusammen mit unseren russischen, georgischen oder ukrainischen Kameraden. Da ergibt es sich natürlich, dass man zwangsläufig über alltägliche Themen, und da gehört auch die Politik dazu, sich austauscht und da zumindest ein Gefühl dafür bekommt, wie die Stimmungslage in den jeweiligen Ländern ist.“

Man erfährt also nicht nur etwas über die Panzer- oder Raketenbestände der anderen Seite, sondern bekommt auch eine Vorstellung über die Stimmung der Militärs in den Partnerländern.

Unterzeichnet wurde der Vertrag über den Offenen Himmel 1992 im Zuge der Ost-West-Entspannung. Erste Mitglieder waren die NATO-Länder und die ehemaligen Mitglieder des Warschauer Pakts. Mittlerweile sind 34 Staaten aus dem euro-atlantischen Raum wie Deutschland, Russland und die Türkei bei Open Skies dabei.

Seit dem Absturz der Tupolew Tu-154M 1997 finden Überwachungsflüge der Deutschen vor allem mit dem Open Skies-Flieger der Schweden statt, einer Saab 340. Nach dem Unglück hielt die Bundesregierung eine sofortige Neuanschaffung nicht für zwingend. In Ost und West glaubte man an einen Neuanfang der Beziehungen. Im Jahr des Absturzes der deutschen Maschine wurde die NATO-Russland-Grundakte unterzeichnet, Höhepunkt der Verständigungspolitik zwischen dem Westen und Russland. In sicherheitspolitische Instrumente zur Rüstungskontrolle wie Open Skies groß zu investieren, schien vielen damals nicht mehr notwendig zu sein. Man sah sich auf einem guten Weg. Es gab aber noch ein anderes Hemmnis für den Kauf einer neuen Maschine: Politisch hat das Auswärtige Amt bei Open Skies den Hut auf, - die technische Umsetzung läuft aber über das Verteidigungsministerium. Dort aber war das Interesse, sich für ein Beschaffungsvorhaben eines anderen Ressorts einzusetzen, nicht besonders ausgeprägt.

Mittlerweile sind aber Mittel im Verteidigungsetat bereitgestellt worden. Im vergangenen Jahr bewilligte der Bundestag 60 Millionen Euro für ein gebrauchtes Flugzeug samt Überwachungstechnik. Angestrebt wird der Kauf eines Airbus A319. Erneut eine Open Skies-Maschine anzuschaffen - darauf hatten sich SPD und Unionsparteien bereits in ihrem Koalitionsvertrag 2013 geeinigt. Dass das Geld aber erst jetzt für dieses Vorhaben zur Verfügung gestellt wird, hat einen besonderen Grund. Roderich Kiesewetter, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion für Außenpolitik und in seiner Fraktion für das Thema Abrüstung zuständig:

O-Ton Kiesewetter

„Ausschlaggebend war, dass die Bundesrepublik Deutschland [2016] den OSZE Vorsitz führt und übernimmt und das Thema ‚konventionelle Rüstungskontrolle‘ wieder auf die Agenda, die Tagesordnung geschrieben hat.“

Denn Rüstungskontrolle ist mit der Ukraine Krise und der Aufrüstung bei NATO und Russland wieder aktuell geworden. Der entscheidende Punkt: Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, kurz OSZE, ist die einzige Sicherheitsorganisation, in der Russland und seine westlichen Kontrahenten zusammen Mitglieder sind. Und der Rüstungskontrollvertrag Open Skies wird über die Organisation betreut, auch wenn er nicht direkter Teil der OSZE ist. Anfang des Jahres hat Deutschland den Vorsitz in der OSZE übernommen. Das deutsche Kalkül aus Sicht von Roderich Kiesewetter:

O-Ton Kiesewetter

„Gerade in dem sehr sensiblen militärischen Umfeld ist ein Austausch äußerst selten; weil der NATO-Russland-Rat nicht aktiv ist, weil die Delegationen der Russischen Föderation bei der NATO sich sehr zurückhalten und wir natürlich auch. Aber gerade im Bereich der Rüstungskontrolle, der Verifikation, sind die persönlichen Kontakte nicht zu unterschätzen. Und gerade Militär-Diplomatie ist ein guter Anfang, von dort aus auch die Hand zu reichen, für andere Bereiche.“

Politisch hoch aufgehängte Foren wie die NATO sind für politische Lösungen zurzeit Zeit blockiert, da über sie der Konflikt mit Russland ausgetragen wird. Jetzt besinnt sich die Politik quasi auf die „Grauen Mäuse“ der Sicherheitspolitik – auf Präventionswerkzeuge wie den Rüstungskontrollvertrag Open Skies. Wenn schon keine Lösung in Sicht ist, so soll Rüstungskontrolle wenigstens dazu beitragen, die Gefahr einer weiteren Eskalation zu verringern. Open Skies- Experte Hartwig Spitzer nennt ein Beispiel:

O-Ton Spitzer

„Polen gehört zum Beispiel einerseits zur NATO, kann aber andererseits bei Open Skies als eigener Staat seine eigenen Interessen verfolgen; Polen hat speziell ein Interesse daran, sich ein Bild über die militärische Lage in seinem östlichen Umfeld und auch im Oblast Kaliningrad zu verschaffen. Und auf diese Weise profitiert es von dem Vertrag.“

Polen, das über kein eigenes Open Skies-Flugzeug verfügt, könnte die angestrebte Maschine der Deutschen nutzen. Laut dem Auswärtigen Amt ist beabsichtigt, das Bundeswehr-Beobachtungflugzeug auch den anderen Vertragsstaaten zur Verfügung zu stellen. Generell ist es ein Schwachpunkt von Open Skies, dass nur wenige Staaten Flugzeuge einbringen – nämlich zehn von 34. Die Investition der deutschen Seite in ein eigenes Beobachtungsflugzeug erfolgt wohl auch aus Sorge um die weitere Arbeitsfähigkeit von Open Skies. In der Begründung der Großen Koalition für das jetzt bewilligte Beschaffungsvorhaben heißt es:

Zitat

„(...) die Bundesrepublik ist auf Miete und Mitnutzung von Luftfahrzeugen von Partnernationen angewiesen. Diese Kapazitäten werden aufgrund von Außerdienststellungen und langwierigen Modernisierungen derart sinken, dass eine vollumfängliche Ausübung, der aus dem Offenen Himmel-Vertrag erwachsenen Rechte, nicht mehr gesichert ist.“

Es geht also vor allem erst einmal darum, Open Skies-Inspektionen für das 21. Jahrhundert zu erneuern. Dabei will man sich nicht allein auf Satelliten verlassen. Hartwig Spitzer:

O-Ton Spitzer

„Das niedrig fliegende Flugzeug hat starke Vorteile. Es kann noch höher auflösen mit den Kameras, wenn es politisch erlaubt ist. Es kann Wolken unterfliegen und hat weniger atmosphärische Turbulenzen, die die Bilder verschlechtern.“

Die meisten der zurzeit genutzten Beobachtungsflugzeuge sind jedoch zwischen 30 und 50 Jahre alt. Die Kameratechnik für die Überwachung ist überwiegend nicht mehr zeitgemäß. Der überfällige Erneuerungsprozess wird vor dem Hintergrund des gespannten Verhältnisses zu Moskau allerdings nicht ganz einfach. So kam es beispielsweise 2013 bei der Zertifizierung einer ersten Digitalkamera für das Open Skies-Abkommen zum Streit zwischen Moskau und Washington, dessen Beilegung fast ein Jahr dauerte.

Die Bundeswehr zumindest plant, ihre kommende Open Skies-Maschine so schnell wie möglich einzusetzen. Das Vergabeverfahren ist mittlerweile eingeleitet worden. Das Beobachtungsflugzeug solle sich fliegerisch und technisch-

logistisch bestmöglich in die Flotte der Flugbereitschaft der Bundeswehr einfügen, sagte ein Sprecher des Verteidigungsministeriums gegenüber NDR Info. Auch deshalb wird der Kauf eines Airbus angestrebt. Einsatzbereit soll die Maschine 2018 sein. Erste Überwachungsflüge wären dann 2019 realistisch, heißt es aus dem Verifikationszentrum der Bundeswehr.

* * *

Flocken

Björn Müller berichtete. Das Interview mit Roderich Kiesewetter finden Sie auf der Internetseite von Streitkräfte und Strategien unter ndr.de/streitkraefte.

Soviel für heute.

Die Sendung können Sie als Podcast herunterladen. Ebenfalls unter ndr.de/streitkraefte. Dort können Sie auch den Newsletter der Sendereihe Streitkräfte und Strategien abonnieren. Wir schicken Ihnen dann das aktuelle Manuskript der Sendung per E-Mail zu. Am Mikrophon verabschiedet sich Andreas Flocken.